

Presseerklärung

**Inklusion darf nicht an Haushaltsfeigheit scheitern,
sie muss Herzensangelegenheit sein!**

GEW teilt Befürchtungen der Bildungssenatorin

„Inklusion umzusetzen ist zwar ein notwendiger, gleichwohl mutiger Schritt. Dieser darf nicht am Gießkannendenken und der Feigheit von „Haushaltsexperten“ scheitern!“
Allein die schulorganisatorischen und konzeptionellen Herausforderungen im Umbauprozess zu inklusiven (Ober-)Schulen sind immens. Und: „Bereits der bestehende Haushaltsrahmen reicht auch aufgrund der Kürzungen in den letzten Jahren zur Umsetzung dieser „Reform“ nicht aus“, bestätigt der Landesvorstandssprecher der GEW, Christian Gloede-Noweck die Befürchtungen der Bildungssenatorin. Allein durch die (aus Sicht der GEW völlig unnötige) Parallelexistenz mehrerer Systeme werden zusätzliche Personalstellen notwendig. Ebenso bedarf es Freistellungen und Stundenentlastungen für Fort- und Weiterbildung, um insbesondere Inklusion gelingen zu lassen. „Inklusion muss zu einer Herzensangelegenheit aller Beteiligten werden“, so die GEW weiter. „Eltern, Lehrkräfte und pädagogische Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen müssen gute Rahmenbedingungen erhalten, die sowohl die individuelle Förderung von Kindern im Klassenverband so wie die Team- und Unterrichtsentwicklung in den Schulen ermöglicht.“ Das Störfeuer weiterer Rotstiftpolitik gefährde die grundsätzlich positive Haltung zur Inklusion bei den Beteiligten. Die GEW fordert Senat und Bürgerschaft/Landtag auf, sich unmissverständlich zur Inklusion zu bekennen und die notwendigen Mittel bereitzustellen. Irritiert zeigt sich die GEW über das intransparente Verfahren in Bremerhaven. „Das Schulgesetz ist ein Landesgesetz, doch die Umsetzung der Inklusion geschieht offenbar hinter verschlossenen Türen,“ so die GEW. Hier erwarte sie ein klares Wort der Senatorin.